

Entscheidendes Gremium: Bürgerschaft		
Vorsitzende der Fraktionen der SPD, DIE LINKE.PARTEI und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		
Haushaltssatzungen der Hanse- und Universitätsstadt Rostock für die Haushaltsjahre 2022/2023 mit Haushaltsplan und Anlagen sowie Beschlussfassung des Haushaltssicherungskonzeptes		
Flächenreduzierung in der Verwaltung		
Geplante Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
	Bürgerschaft	Entscheidung
10.05.2022	Finanzausschuss	Empfehlung

Beschlussvorschlag:

Im Haushaltssicherungskonzept wird die Maßnahme P 2022/06 ersetzt durch: *

Die Hanse- und Universitätsstadt Rostock verfolgt das Ziel, den Flächenbedarf der Verwaltung durch die ausgeweitete Inanspruchnahme des ortsunabhängigen Arbeitens in den nächsten Jahren um mindestens 30 Prozent zu senken. In den Anwendungsbereich fällt der Flächenbedarf der Verwaltung und der Beteiligungen der Stadt. Einbezogen werden sollen die Flächen, die von der ausgeweiteten Inanspruchnahme des ortsunabhängigen Arbeitens betroffen sind. Dazu zählen insbesondere Büro- und Besprechungsraumflächen. Nicht darunter fallen u.a. Schulen, Sportanlagen und -hallen, Werkstätten, Kitas, Feuerwachen und ähnliche Flächen. Für die in den Anwendungsbereich fallenden nutzenden Verwaltungen und Beteiligungen sind Konzepte zur Umsetzung der Flächenreduzierung bis Mitte 2023 zu erarbeiten. Da Ausgangspunkt für die ausgeweitete Inanspruchnahme des ortsunabhängigen Arbeitens organisatorische, rechtliche und IT-technische Aspekte sind, bedarf es für die Umsetzung der Flächenreduzierung konzeptioneller Vorüberlegungen der nutzenden Verwaltungen. Auf deren Grundlage können dann die Anpassungen in der Unterbringung vorgenommen und schlussendlich Einsparungen bei Anmiet- und Bewirtschaftungsausgaben realisiert werden. Die Konzepte sollen Grundlage für Anmeldungen zum Haushaltsplan 2024/2025 im IT-, Organisations- und Unterbringungsbereich dienen. Im Ergebnis sollen vorzugsweise Anmietungen aufgegeben werden.

*** 1. Zeile redaktionell geändert am 11.05.2022**

(ÄÄ war ursprünglich ergänzend) 03.1/Wo.

Sachverhalt:

Finanzielle Auswirkungen:

dem Antrag mittelbar in Zusammenhang stehende Kosten:

liegen nicht vor.

werden nachfolgend angegeben

gez. Thoralf Sens
Fraktion der SPD

gez. Eva-Maria Kröger
DIE LINKE.PARTEI

gez. Uwe Flachsmeyer
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Anlagen

Keine